



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Modellprojekt zur flexiblen Kinderbetreuung im Haushalt Alleinerziehender initiieren“ (Drucksache 20/4713)

Alleinerziehende mit flexibler Kinderbetreuung besser unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in ausgewählten Modellregionen unterschiedliche Ansätze zur flexiblen ergänzenden Kinderbetreuung für Alleinerziehende zu erproben, die insbesondere bei kurzfristigen Betreuungsengpässen sowie am Abend, am Wochenende oder bei Akutsituationen Betreuungsbedarfe von Alleinerziehenden abdecken.

Die erprobten Ansätze sind auszuwerten und dem Landtag ist über die Ergebnisse sowie über die Eignung zur landesweiten Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Alleinerziehende stehen im Alltag vor besonderen Herausforderungen. Berufliche Anforderungen, Betreuungszeiten und die Organisation des Familienalltags müssen allein bewältigt werden. Insbesondere bei Schichtarbeit, Früh- und Spätdiensten, Wochenendarbeit oder kurzfristigen Änderungen der Arbeitszeiten stoßen reguläre Betreuungsangebote schnell an ihre Grenzen. Diese Situation kann dazu führen, dass Alleinerziehende berufliche Möglichkeiten nicht wahrnehmen oder ihre Arbeitszeit reduzieren. Dadurch besteht ein erhöhtes Risiko für finanzielle Belastungen und soziale Benachteiligung.

Vor diesem Hintergrund ist eine flexible ergänzende Kinderbetreuung wie z.B. Kitas mit 24-Stunden-Konzepten, Hol- oder Bringdienste oder Kinderbetreuung im eigenen Haushalt von besonderer Bedeutung. Sie kann dort ansetzen, wo reguläre Betreuungsangebote zeitlich nicht ausreichen, und Alleinerziehenden ermöglichen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Gleichzeitig stärkt es die finanzielle Eigenständigkeit der Alleinerziehenden und kann dazu beitragen, das Armutsrisiko der Familie zu reduzieren. Die Erprobung unterschiedlicher Ansätze zur flexiblen ergänzenden Kinderbetreuung für Alleinerziehende ist ein wichtiger Beitrag zu Chancengerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Sophia Schiebe

und Fraktion